Zentrumspartei und deutsche Politik.

Die Beteiligung des Zentrums an der Regierung. / Panzerkreuzer und Wehrpolitik. / Die Meinungsverschiedenheiten über die Beamtenbesoldungsreform. / Reparationen und Räumungsfrage. / Die unfertige Konstruktion des Deutschen Staates. / Die Mängel unseres parlamentarischen Systems.

Die nachfolgenden Ausführungen Dr. A. Stegerwalds entsprechen, von einigen unwesentlichen Kürzungen abgesehen, der Rede, die er am Samstag auf dem Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei gehalten hat.

Die Redaktion.

Der Leidensweg, den das deutsche Volk in den vergangenen Jahren gehen mußte, ist nicht bloß auf den verlorenen Weltkrieg zurückzuführen, er beruht vielmehr auch auf Mängeln und Versäumnissen, auf dem unorganischen Wachstumsprozeß, den Volk und Staat in Deutschland im 19. Jahrhundert hinter sich haben. Nach den Freiheitskriegen waren Volk und Staat jahrzehntelang politisch erstarrt. Dann kam Bismarck und hat von 1862 bis 1871 Taten vollbracht, wozu eigentlich ein ganzes Jahrhundert notwendig gewesen wäre. Er hat plötzlich und unvorbereitet 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Reiche das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt. Dann hat man wieder starr an dem bisherigen politischen System festgehalten bis 1918, wo wieder völlig unvorbereitet die freieste Demokratie der Welt zur Einführung gebracht wurde. Deutschland ist im 19. Jahrhundert ein armes Land geblieben bis etwa 20 bis 25 Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges. Dann sind wir in kurzer Zeit verhältnismäßig wohlhabend geworden. Diese schnelle wirtschaftliche Entwicklung hat bewirkt daß

Deutschland in den letzten Jahrzehnten die größte Binnenwanderungen aufzuweisen hatte von allen europäischen Staaten.

Sie hat die allerbreitesten Schichten in einem Ausmaß heimatlich und sozial entwurzelt, wie das in keinem anderen europäischen Staate zu beobachten war. In die Weltwirtschaft sind wir in größerem Ausmaß erst verhältnismäßig spät hineingewachsen. Wir hatten vor dem Kriege, insbesondere im Vergleich zu dem ältesten Industriestaat Europas, Englands, niedrige Löhne und eine lange Arbeitszeit. Die deutschen Rohstoffindustrien, Kohle und Eisen, waren, im Gegensatz zu England, gleichzeitig syndiziert und zollgeschützt. Die deutschen Auslandspreise waren verhältnismäßig niedrig. Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hat bewirkt, daß wir überall angeeckt haben, daß wir den anderen unbequem geworden sind, daß wir von ihnen als ein Emporkömmling angesehen wurden, den sie gemeinschaftlich zu unterdrücken suchten. Und so sind wir wieder ebenso schnell zurückgeworfen worden, wie wir uns emporgearbeitet hatten.

In den letzten Jahrhunderten lebte man in Preußen in der Vorstellung, daß in Mitteleuropa ein Großstaat nur möglich sei unter straffster Zusammenfassung der Kräfte und mit einer denkbar starken Militärmacht. Jetzt sind wir umgekehrt einseitig entwaffnet und in lauter waffenstarrende Staaten eingekeilt. Der Absolutismus und Halbabsolutismus hat sich in Deutschland länger behauptet als in den anderen europäischen Staaten. Die Staatslenker im 19. Jahrhundert haben es nicht verstanden, Volk, Nation und Staat zusammenwachsen zu lassen. Die Deutschen fühlen sich daher auch heute noch viel weniger volksverbunden als die Engländer, Franzosen, Italiener, Polen usw.; sie fühlten sich auch am wenigsten weltverbunden von allen Völkern der europäischen Großstaaten. Die Tatsache, daß sich die Deutschen viel weniger volks- und weltverbunden fühlen als die anderen Völker, sowie der deutsche Volkscharakter, der stark ins Extreme neigt, bringen es mit sich,

daß wir in der Hauptsache nur die Gegensätze im eigenen Volke sehen, und diese dann auch entsprechend zum Austrag bringen.

Während des Krieges und in den ersten Jahren nachher ist in der Welt eine Haß-Psychose ohnegleichen gegen Deutschland entfacht worden, sodaß selbst ernste Menschen in der Welt nicht mehr daran glauben wollten, daß die Deutschen eine gleichwertige Kulturnation seien. Der Krieg hat die Verhältnisse zwischen der alten und der neuen Welt vielfach auf den Kopf gestellt. Ungeheure Aktivität auf fast allen Gebieten ist das Charakteristikum des Neu-Amerikanismus geworden. Ehedem beherrschte England fast unbestritten die Weltmeere. Heute machen ihm die Vereinigten Staaten von Nordamerika diese Stellung in ganz anderem Maße streitig als das früher durch Deutschland geschah. Ehedem schuldete Amerika an Europa rund 16 Milliarden, heute schuldet Europa umgekehrt Amerika etwa 60 Milliarden Mark. Asien, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt wohnt, und das im 19. Jahrhundert nur eine geringe Rolle in der Geschichte gespielt hat, ist in außerordentlich starkem Maße erwacht. Alle Kenner des fernen Ostens sagen, daß durch die Aktivität der Asiaten die Welt in einigen Jahrzehnten ein ganz anderes Aussehen bekomme. Die Stellung Deutschlands aber ist in solcher Stunde auf fast allen Gebieten geschwächt. Vor dem Kriege hatte Deutschland ein Guthaben von 20 bis 30 Milliarden in der Welt; heute ist es umgekehrt in Verbindung mit dem Dawes-Plan der übrigen Welt außerordentlich verschuldet. Ehemalige Auslandsguthaben und heutige Verschuldungen einerseits und die Verkleinerung der deutschen Wirtschaftsbasis durch den Krieg andererseits bedeuten im Endeffekt

eine materielle Gesamtverschiebung unserer wirtschaftlichen Position in der Welt von etwa 150 Milliarden Mark zu unserem Ungunsten.

Vor 1914 hatte ein an Wirtschaftskraft strotzendes Deutschland an Steuern und Beträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung jährlich 6 Milliarden Mark aufzubringen, heute für die gleichen Zwecke und für Reparationslasten rund 18 Milliarden Mark.

Diese wenigen Tatsachen sollten zeigen, wie Deutschland heute in einer völlig veränderten Welt Politik machen muß im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege. Der Dawes-Plan hat dem deutschen Volke weitgehend eine Scheinblüte vorgetäuscht. Wir haben in den letzten Jahren unsern Wirtschaftsapparat mit ausländischen Darlehen wieder weitgehend verbessert. Wir haben mehr an ausländischen Darlehen aufgenommen, als wir an das Ausland an Daweslasten abführten, als die deutschen Sparkassen an Einlagen aufweisen. Wenn ein großes Unternehmen Konkurs macht, können die Kräfte, die den Konkurs verschuldeten, nicht wieder an die Spitze eines neuaufzubauenden Unternehmens gestellt werden; es müssen vielmehr neue Kräfte kommen. Und so mußten jene Kräfte, die das alte Regime früher von der Staatsführung ferngehalten hat, nämlich Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, jetzt nach dem gewaltigen Staats- und Wirtschaftszusammenbruch unter unsäglichen Mühen und Schwierigkeiten überwiegend die Wiederaufbauarbeit leisten. Daß dabei nicht alles gut gehen konnte, liegt auf der Hand. Weil die Schwere der Arbeit und Verantwortung im Hinblick auf die außenpolitischen Bedrückungen und Demütigungen und auf die Not im Innern schier untragbar schien, haben sich alle Parteien, mit denen die Zentrumspartei in den letzten politisch zusammengearbeitet hat, abwechselnd seitwärts in die Büsche geschlagen. So ist es

die Zentrumspartei allein gewesen, die im Reiche 10 Jahre lang ununterbrochen ausgehalten und so das Chaos von Deutschland ferngehalten und das Reich in seinem gegenwärtigen Umfang über alle Stürme hinweg gerettet hat.

Gedankt haben die Wähler das der Zentrumspartei nicht.

Man versetze sich in die Situation, in der uns das Versailler Friedensdiktat vorgelegt wurde. Was hätte denn damals seine Ablehnung bedeutet? Deutschland wäre entweder wie vor hundert Jahren in zahlreiche Einzelbestandteile aufgeteilt oder aber wenigstens in die Zeit vor 1866 zurückgeworfen worden. Das war so praktisch das Ziel der französischen Politik in Versailles und in den ersten Jahren nachher. Man versetze sich in die Zeit nach dem Abbruch des Ruhrkampfes. In drei Monaten wurde Stresemann zweimal als Reichskanzler gestürzt; der Dollar stand auf 4,2 Billionen Mark, die Mark wurde stabilisiert. Marx übernahm in Deutschlands dunkelster Stunde die Kanzlerschaft. Damals stritt man sich um die Frage, ob man nicht das besetzte Gebiet der Entente überlassen sollte, um das übrige Deutschland retten zu können. Wir haben uns dieser Meinung widersetzt. Ein Gebiet, das man in der Stunde der Gefahr preisgibt, bekommt man in der Stunde des Glücks nicht wieder. In der Not zeigt sich der wahre Freund nicht im Glück. Und wie hat man Herrn Marx von der Zentrumspartei dieses Verhalten gedankt bei den Maiwahlen 1924? Die Zentrumspartei hat damals nicht viel besser abgeschnitten als bei den letzten Wahlen: 65 anstatt 61 Mandate. Und was wäre aus Deutschland geworden ohne Dawes-Plan? Die deutsche Währung war im November 1923 nur theoretisch stabilisiert, praktisch geschah es erst nach Annahme des Dawes-Planes im September-Oktober 1924. Ohne Dawes-Plan wären wir kaum um eine zweite Inflation herumgekommen. Ohne Dawes-Plan und ohne fremde Hilfe hätten wir eine Arbeitslosigkeit durchmachen müssen, gegenüber der das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, ein Kinderspiel war. Solange der deutsche Staat um seinen Bestand und das deutsche Volk um sein nacktes Leben kämpfen mußten, mußte sich die Zentrumspartei für Volk und Staat opfern, selbst wenn es dabei um ihre eigene Existenz ging. Wenn wir das nicht getan hätten,

dann wären wir eine Partei wie alle anderen Parteien. Das sind wir nicht.

Wir leiten unser Verhalten von religiösen Gesichtspunkten ab, was die meisten anderen Parteien nicht tun. Im Verlaufe der Jahre haben wir beobachten müssen, wie andere Parteien in den trübsten deutschen Stunden, anstatt an den Staat, an sich selbst dachten. Ein solches Verhalten können wir weder als tapfer noch als national ansehen. Dauernd und unter halbwegs normalen Verhältnissen

kann es freilich nicht die Aufgabe der Zentrumspartei sein, daß sie sich ständig opfert,

damit die anderen Parteien aus Bequemlichkeit und Popularitätshascherei sich um die Verantwortung herumdrücken können. Auch diese Dinge sehen wir und richten unser Verhalten entsprechend ein. In den letzten Jahren mußte die Zentrumspartei die Rechtsparteien weitgehend zur Anerkennung der neuen Verhältnisse und die Sozialdemokratie von einer bloßen Agitationspartei zur Anerkennung der Pflichten einer Regierungspartei zu bringen suchen.

Diese gewaltigen Geschehnisse, Veränderungen und Umwandlungen im letzten Jahrzehnt sind selbstverständlich auch an der Zentrumspartei nicht spurlos vorübergegangen. In den ersten Jahren nach der Staatsumwälzung konnten sich viele Parteiangehörige nicht damit abfinden, daß die Zentrumsfraktionen im Reichstag und in den Landtagen an dem Zustandekommen der republikanischen Verfassungen mitgearbeitet haben. An der Staatsumwälzung selbst war die Zentrumspartei ebensowenig beteiligt, wie alle anderen nicht sozialistischen Parteien.

Nach der Staatsumwälzung gab es praktisch keine andere Möglichkeit als die Republik,

wenn das Deutsche Reich überhaupt erhalten und gerettet werden sollte. Viele Parteianhänger konnten sich sodann lange Zeit nicht mit den neuen Reichsfarben: Schwarz-rot-gold abfinden. Sie haben nicht ausreichend bedacht, unter welchen äußeren Umständen die Weimarer Verfassung zustande gekommen ist. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung trat zusammen im Frühjahr 1919. Damals lag vor Beschluß der österreichischen Nationalversammlung, vor der besagte, daß sich Oesterreich als Bestandteil des Deutschen Reiches fühle. Und im Juni 1919 kam dann das Versailler Diktat, das bestimmte, daß sich Oesterreich Deutschland nicht anschließen dürfe. Die Weimarer Nationalversammlung war ebenso wie die Nationalversammlung der Pauls-Kirche von 1848 großdeutsch eingestellt. Und die Farbe der Großdeutschen war von jeher Schwarz-Rot-Gold. Sollte jetzt durch äußeren Druck das großdeutsche Ziel mit der großdeutschen Farbe wieder aufgegeben werden? Dazu kam, daß die Sozialdemokratie, die in Weimar sehr stark war, durch Sozialistengesetz, durch Dreiklassenwahlsystem und durch sonstige Ausnahmegesetze dem neu zu schaffenden Staat nicht nur dem Geiste nach, sondern auch durch Erkenntlichmachung der äußeren Symbole vor dem kaiserlich-wilhelminischen Deutschland sichtbare Unterscheidungsmerkmale aufgerichtet wissen wollte. Es wird nie zu vermeiden sein, daß nach siegreichen Revolutionen, um Größeres zu retten, viele alte Gemütswerte geopfert und aufgegeben werden müssen. Jahrelang haben sodann die Auseinandersetzungen im Lager der Zentrumspartei stattgefunden um Rechts und Links. Diese Auseinandersetzungen hatten mit Führerstreit an sich nichts zu tun. Sie griffen über. Sie gingen um das Wesen der Partei, um den Inhalt des Staates.

Obwohl wir im Deutschen Reichstag ein Dutzend Parteien haben, lagen und liegen auch heute noch die Grenzlinien nicht bloß neben den Parteien, sondern es gibt daneben noch Zwischengrenzlinien innerhalb aller großen Parteien. Die Kämpfe um die Fundierung, Gestaltung und Führung der Deutschen Politik, haben in den letzten Jahren der Zentrumspartei viel Nervenkraft gekostet, haben dahin geführt, daß die Bayerische Volkspartei sich von der Zentrumspartei absonderte, haben aber auch in Verbindung mit dem Ergebnis der letzten Wahlen dahin geführt, daß alle führenden Menschen im Zentrumslager sich heute über folgendes klar sind:

Wir haben in den letzten 10 Jahren das Deutsche Volk von einem völligen Chaos ferngehalten, wir haben die Reichseinheit, wir haben den deutschen Staat gerettet. Dabei mußten wir uns als Partei opfern.

Jetzt aber naht die Stunde heran, wo wir auch einmal an uns selbst, an unsere eigene Partei denken müssen.

Nachdem die Frage um Rechts und Links in den eigenen Reihen eine weitgehende Klärung gefunden hat, wird jetzt die Beteiligung des Zentrums an den Koalitionen in unserem eigenen Lager immer mehr umstritten. Insbesondere ist seit den letzten Wahlen die Meinung in Zentrumskreisen stark verbreitet, die Zentrumspartei möge jetzt, nachdem sie 10 Jahre lang mehr als ihre Pflicht getan habe, einmal den Parteien die Regierungs- und Staatsführung allein überlassen, die bei den letzten Wahlen den Mund so weit aufgemacht und unausgesetzt ihren Wählern und dem deutschen Volke das Blaue vom Himmel herunter versprochen haben. Jedenfalls möge, so wird der Reichstagsfraktion entgegengehalten, sie einmal eine Zeitlang außerhalb der Regierung bleiben und wie fast alle anderen Parteien in den letzten 10 Jahren sich Erholung gönnen und dabei die eigenen Zentrumsangelegenheiten ordnen. Diese Auffassung verrät ein durchaus gesundes politisches Empfinden. Und trotzdem ist es, politisch gesehen, etwas ganz anderes, wenn Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei sich in Opposition befinden, als wenn die Zentrumspartei ein Gleiches tut.

Die Sache steht praktisch so: ein Mehrheitskabinett von Rechts ohne Zentrumspartei ist bis auf weiteres nicht möglich. Ein Mehrheitskabinett von Links ist gegenwärtig auch nicht möglich ohne Zentrumspartei. Ein Minderheitskabinett von Rechts oder ein Minderheitskabinett von Links aber ist etwas fundamental anderes als ein Minderheitskabinett der Mitte. In den letzten zehn Jahren ist meistens mit Minderheitskabinetten der Mitte regiert worden. Diese haben sich außenpolitisch ihre Mehrheiten meist von links und innenpolitisch nicht selten die Mehrheiten von Rechts geholt. Das ging solange, bis die Deutschnationale Volkspartei im Dezember 1926 allen sozialpolitisch radikalen sozialdemokratischen Anträgen zustimmte mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie dieses doppelseitige Regieren satt habe und klare politische Verhältnisse geschaffen wissen wolle. Damit stürzte das letzte Minderheitenkabinett Marx. Ein Minderheitenkabinett von Rechts oder ein solches von Links müßte in 90 bis 95 Prozent aller Fragen immer bei ein und derselben Partei, nämlich bei der Zentrumspartei sich seine Mehrheit suchen. Das würde dahin führen, daß entweder die Zentrumspartei meist ihren Willen bekäme, was die Regierungsparteien nicht lange zugeben und ertragen würde, oder aber wir befänden uns in einer ständigen akuten Staatskrisis. Wenn man aber, um einer Regierung das Regieren zu ermöglichen, in 90 bis 95 Prozent aller Fragen politik für sie votieren muß,

dann ist es besser, man ist in der Regierung

und kann bei der Vorbereitung der Gesetze und beim Wachstumsprozeß der Politik überhaupt von vornherein entsprechenden Einfluß ausüben.

Daß die Zentrumspartei im Zeitalter des parlamentarischen Regimes Mittelpartei und ohne den Charakter als Mittelpartei nicht denkbar ist, ist wie man es nehmen will, zugleich ihr Vorteil und ihr Verhängnis. Ob der Vorteil größer ist oder das Verhängnis, lasse ich dahingestellt. Die Zentrumspartei ist jedenfalls in der Wahl, ob sie sich an einer Regierung beteiligen will oder nicht, viel beengter als alle anderen Parteien.

Die Zentrumspartei steht bis auf weiteres in der Hauptsache vor der Frage, ob sie sich exponiert oder weniger exponiert an einer Regierung beteiligen soll,

ob sie Ressorts mit großer oder geringerer Verantwortung übernehmen soll. Daneben gibt es für die Zentrumspartei kaum einen anderen Weg, als daß sie die Politik im ganzen universell sieht und allmählich den Wählern zum Bewußtsein bringt, daß, insbesondere bei der Gesamtstellung Deutschlands in der Welt, jede deutsche Politik mit Wasser kochen muß, daß Rechte und Linke ihren Wählern zwar mehr versprechen können, aber auch nicht mehr als die Zentrumspartei wahr zu machen imstande sind. Wir glauben nicht daran, daß der Reichsparteitag der Deutschen Reichstagsfraktion einen anderen Weg weisen kann, als den, den wir in den letzten Jahren gehen mußten und wohl auch in den nächsten Jahren werden gehen müssen.

In zwei Fragen sind im letzten Jahre in der Zentrumspartei besonders große Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten: die Panzerkreuzerfrage und die Beamtenbesoldung.

Die Panzerkreuzerfrage

ist ein Teil des deutschen Wehrproblems. Nachdem Deutschland, ehedem eines der militärstärksten Länder der Welt war und trotzdem die Niederlage im Weltkrieg erlitten hat, sind weite Kreise in Deutschland in das entgegengesetzte Extrem verfallen und glauben, sich gegen den Wehrwillen des deutschen Volkes überhaupt richten zu sollen. Auch in unserem Lager gibt es Kreise, die dieser Meinung sind und glauben, sich mit ihrer Meinung auf päpstliche Enzykliken stützen zu können. Dabei scheinen sich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten auszutun, was praktisch garnicht der Fall ist. Es gibt wohl keine maßgebende Führerpersönlichkeit in der Zentrumspartei, die nicht auf dem Boden der päpstlichen Friedensenzykliken stände. Diese päpstlichen Rundschreiben richten sich aber nicht allein an die deutsche Adresse, sie sind vielmehr gerichtet an die Völker, insbesondere aber an die Katholiken der ganzen Welt. Ich glaube sagen zu können:

es gibt gegenwärtig keinen zweiten Großstaat in der Welt mit einem friedenswilligerem Volke als das deutsche.

Deutschland aber ist von 25 europäischen Staaten ein Staat, der zudem in der Mitte Europas liegt und daher so viele militärische Angriffsflächen hat wie wenig andere Staaten. Ein solches Land kann seine Wehrpolitik nicht völlig unabhängig betreiben von allen anderen Staaten. Deutschland ist nach dem Versailler Vertrag garnicht imstande, agressive Wehrpolitik zu treiben. Rund ein viertel seiner Bevölkerung lebt in der entmilitarisierten Zone. Unsere Ostgrenze und die Ostsee sind weitgehend entfestigt. Die Siegerstaaten standen beim Versailler Diktat vor der Frage, ob sie die neugeschaffenen deutschen Grenzen selbst sichern und garantieren wollten oder aber, ob sie diese Aufgabe Deutschland selbst zuweisen sollten. Sie haben das letztere getan und uns dafür ein Heer von hunderttausend Mann zugestanden; dem kleineren Oesterreich haben sie 30 Tausend Mann zugebilligt. Wenn ich mich persönlich zu entscheiden hätte, ob Garantierung der deutschen Grenzen durch die Entente und deutsches Heer oder aber ob Nichtgarantie dieser Grenzen, dafür aber ein Heer von hunderttausend Mann, dann würde ich mich für die deutsche Grenzgarantie durch die Entente ohne deutsches Heer entscheiden. Daß hat man aber beim Versailler Diktat nicht getan. Wenn ich mich weiterhin zu entscheiden hätte, ob polnischer Korridor und Schutz der Ostsee durch die deutsche Marine, oder aber kein polnischer Korridor und keine deutsche Marine, dann würde ich mich für letzteres entscheiden. Aber auch darin hat man in Versailles anders beschlossen; man hat den Korridor eingeführt. Und so lange der Korridor besteht, sind wir genötigt, die Verbindung mit Ostpreußen auch dann zu sichern, wenn es einmal bei einem anderen europäischen Konflikt, an dem Deutschland nicht beteiligt ist, Polen in den Sinn kommen sollte, den polnischen Korridor zu sperren und Ostpreußen ebenso im Handstreich zu nehmen, wie Italien Fiume, Polen Wilna und Littauen Memel im Handstreich genommen haben, ohne daß der Völkerbund den Willen und die Kraft aufbrächte, die Dinge nachträglich wieder zu ändern.

Nun haben wir uns zu fragen:

welche Aufgaben hat die kleine deutsche Reichswehr und die kleine deutsche Marine?

U. E. eine doppelte:

1. Die deutsche Reichswehr hat die Aufgabe, deutsches Land zu verteidigen für den Fall, daß man uns dieses gewaltsam wegnehmen sucht; 2. hat die deutsche Reichswehr die Aufgabe, in dem Falle, in dem zwei andere europäische Staaten miteinander Krieg führen, die deutsche Neutralität ähnlich zu verteidigen, wie Holland und die Schweiz beim letzten Weltkrieg ihre Neutralität bewaffnet verteidigt haben. Wer der kleinen deutschen Reichswehr beim gegenwärtigen europäischen Wehrsystem andere Aufgaben zuweist, ist ein politischer und militärischer Illusionist.

Bei der Panzerkreuzerdebatte im Reichstag hat sich folgendes herausgestellt: der ganze Deutsche Reichstag, mit Ausnahme der Kommunisten, ist für die deutsche Wehrfähigkeit. Die Kommunisten sagen: „Für Rußland jeden Panzerkreuzer, für das kapitalistische Deutschland keinen Pfennig." Also für die russische Verteidigung alles, für die deutsche nichts. Die Sozialisten sagen: „Wir sind für deutsche Wehrfähigkeit, halten aber den Panzerkreuzer für ein ungeeignetes Mittel und halten im Hinblick auf die gegenwärtige Notlage auch den Bau des Panzerkreuzers zeitlich für verfehlt. Das Reichswehrministerium sagt: Im Gegenteil, der Zeitpunkt ist schon reichlich spät und hält weiterhin den Panzerkreuzer für ein geeignetes Schiff zur Verteidigung der Ostsee. Weiterhin ist schon seit längerer Zeit in Deutschland bekannt, daß zwischen Polen und Frankreich ein ähnliches Abkommen besteht, wie wir 1914 praktisch mit der Türkei verfahren sind. Wir haben damals den Türken das Kriegsschiff „Göben" und den Kreuzer „Breslau" verkauft. Nur dadurch war es damals der Türkei möglich, sich an die Seite Deutschlands zu stellen, weil ohnedem Konstantinopel von der russischen Schwarzmeerflotte zusammengeschossen worden wäre. Der einzige Weg, auf dem wir uns in der Zentrumspartei in wehrpolitischen Fragen zusammenfinden können, ist die Synthese zwischen Friedenswillen auf der einen und volklicher Selbstbehauptung auf der anderen Seite. Jedes Volk muß den Willen zur Selbstbehauptung aufbringen. Sonst fehlt ihm das sittliche Ethos, das für ein Volk und eine Nation erstes Erfordernis ist.

Die Zentrumspartei ist Gegnerin jeder imperialistischen und agressiven Wehrpolitik

die praktisch mit der gegenwärtigen deutschen Reichswehr auch gar nicht möglich ist. Die Behauptung, wir hätten für soziale Notstände kein Geld, wohl aber für überflüssige Schiffsbauten, ist eine überspitzte Uebertreibung. Deutschland verausgabt in Reich, Ländern und Gemeinden und für Reparationsverpflichtungen jährlich 14 Milliarden Mark, für die gesetzliche Sozialversicherung 4 Milliarden, zusammen 18 Milliarden. Für Wohnungsbau werden jährlich etwa 3 Milliarden verwendet. Für Verteidigungszwecke geben wir jährlich etwa 700 Millionen Mark aus, das sind zwischen 3 und 4 v. H. unserer öffentlich rechtlichen Ausgaben. Von einem alles auffressenden Militarismus kann bei solcher Sachlage bestimmt nicht gesprochen werden. Im übrigen ist das Wehrproblem für ein Volk keine bloße materielle Sache. In dem Gedanken der volklichen Selbstbehauptung stecken, ähnlich wie in der Familie, hohe ethische und sittliche Werte.

In der Frage der

Neuregelung der Bezüge der Beamten

sind im letzten Jahre die Meinungen innerhalb der Zentrumspartei stark aneinander geraten. Dabei wäre es aber verfehlt, anzunehmen, daß darüber in anderen Parteien etwa holde Eintracht bestanden hätte. Noch in keiner Frage habe ich im Reichstag mehr Unaufrichtigkeit gefunden wie in der Frage der Beamtenbesoldung im Jahre 1927. Persönlich sah ich

in dem Vorgehen des Reichsfinanzministers in der Frage der Beamtenbesoldung drei große politische und psychologische Fehler:

1. Der erste große Fehler lag und liegt in der Konstruktion unserer öffentlichen Finanzgebarung, liegt darin, daß in Deutschland parlamentarische Stellen Ausgaben beschließen können, für die die gleichen Stellen nicht die Einnahmen zu beschaffen brauchen. Für das Reich kostete im vorigen Jahre die Neuregelung der Bezüge der Beamten, der Pensionäre und der Kriegsbeschädigten gut 300 Millionen Mark; die Beschlüsse des Reichstages aber hatten für Reich, Länder und Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften, für Reichsbahn und Reichspost insgesamt automatisch

eine Auswirkung von rund 1½ Milliarden Mark.

Die Tatsache, daß eine Körperschaft praktisch 1½ Milliarden Mark Ausgaben beschließt aber nur für gut 300 Millionen Mark zu beschaffen hat, ist ein Unikum, wie es sonst in der ganzen Welt nicht vorkommt.

2. Der zweite große Fehler in der Frage der Beamtenbesoldung war, daß man 1927 glaubte bei völlig unübersichtlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine Endlösung in der Besoldungsregelung herbeiführen zu sollen. Das hat bewirkt, daß eine Anzahl Länder und Gemeinden mehr, ein anderer Teil weniger gaben als das Reich. So sind wir heute von einer einheitlichen Beamtenbesoldung in ganz Deutschland weiter entfernt denn je. Die Beamten sind bei dieser ungleichen Regelung bestimmt nicht zufriedener als vor 1927. Die Endlösung hatte weiter zur Folge, daß die Sonderzulagen, die seither im Westen gewährt wurden, mit einem Schlage aufhörten. Das bedeutet, daß hier viele Beamte praktisch eine Erhöhung der Bezüge gar nicht bekamen.

3. Den dritten großen Fehler bei der Beamtenbesoldung der vergangenen Jahre sehe ich darin, daß, weil Deutschland nach all den Wirren der letzten Jahre heute noch gar nicht als eine wirtschaftliche Einheit angesehen werden kann, die Erhöhung der Bezüge der Beamten aber, ob in einem wohlhabenden oder in einem Elendsbezirk im großen und ganzen einheitlich durchgeführt werden mußte, der soziale Kontrast zwischen Beamten und Volk sich nicht verringert, sondern vergrößert hat.

Aber das sind nur Feststellungen, an denen heute und bis auf weiteres nichts mehr zu ändern ist. Gegen diese Dinge kämpfte ich öffentlich an, was zur Folge hatte, daß die Beamtenblätter mich gleichsam als den größten Schädling des Jahrhunderts behandelten. Und so gab eins das andere. Mir persönlich ist bei diesem Kampfe insbesondere zweierlei unterstellt worden.

1. Ich sei Gegner des Berufsbeamtentums.

2. Ich hätte alle abgebauten Beamten als Trinker und sonstige minderwertige Elemente hingestellt.

Beide Behauptungen erkläre ich zum soundsovielten Male als eine grobe Unwahrheit. Schon im Dezember v. J. habe ich in Münster öffentlich ausgesprochen, daß ich jederzeit bereit bin, mich innerhalb des Beamtenbeirates der Zentrumspartei über diese Dinge auszusprechen. Eine solche Aussprache hat kürzlich stattgefunden. Das Ergebnis sind die dem Parteitag vorliegenden Leitsätze. Diese Leitsätze befinden sich in keinem Punkte in Widerspruch zu dem, was ich im vorigen Jahre in Wahrheit ausgesprochen habe. Zu weiteren Besprechungen mit Zentrumsbeamten bin ich jederzeit bereit.

Auch die unwahrhaftige Demagogie, ich hätte alle abgebauten Beamten als minderwertige Elemente stigmatisiert, hänge ich lediglich niedriger. Wahr ist darüber folgendes: im vorigen Jahre sprach ich bei mehreren Chefs der großen Reichsverwaltungen vor und hielt ihnen entgegen: alles seufzt unter dem unerträglichen Steuerdruck.

Wie kommt es, daß ihr teilweise wieder neue Beamte anstellt und Aushilfskräfte beschäftigt und daneben an abgebaute Beamte, die im besten Mannesalter stehen, viele Millionen Wartegelder bezahlt? Daraufhin erhielt ich die in den berüchtigtem Brief referierend wiedergegebene Antwort. Weiter haben etwa 2000 abgebaute Beamte den Reichstag um ihre Wiedereinstellung gebeten. Der Reichstag hat von dem zuständigen Ressorts Auskünfte über die Petenten verlangt. Diese Auskünfte sind in den Akten des Reichstages begraben und sind teilweise unglaublich und schauderhaft. Aus diesen mir gewordenen Mitteilungen und Kenntnissen heraus habe ich auf Anfrage einer Zentrumszeitung gegenüber in einem Privatbrief Mitteilung gemacht. Gegenüber diesem Brief stelle ich dreierlei fest:

1. Es ist nicht wahr, daß ich aus eigenem jemals ein ungünstiges Urteil über viele Tausende abgebaute Beamte abgegeben habe, von denen ich höchsten ein Dutzend persönlich kenne:

2. Ich habe ehrenwerte Menschen und Beamte nicht beleidigen wollen und habe sie m. E. nicht beleidigen können, weil ich ein Urteil über Menschen, die ich nicht kenne, gar nicht abzugeben vermag.

3. Der Brief, der von dieser Angelegenheit handelt, ist ein Privatbrief und ist ohne mein Einverständnis und gegen meinen Willen veröffentlicht worden.

Um aber jeder wahrheitswidrigen und böswilligen Agitation unter den Beamten den Vorwand zu nehmen, ziehe ich diesen Brief hiermit ausdrücklich zurück.

Lassen Sie mich nun in einigen Strichen die Aufgaben umschreiben, vor denen m. E. unter anderem die deutsche Politik im allgemeinen und die Zentrumspartei im besonderen steht.

Zunächst muß nach wie vor

die deutsche Außenpolitik

pfleglich behandelt werden; sie steht demnächst bei der endgültigen Regelung des Reparationsproblems vor schweren Stunden. Dabei ist unsere einmütige Meinung: Allmählich muß auch die übrige Welt den Mut und die Erkenntnis zu der Wahrheit aufbringen, daß ein einziges Land den gewaltigen Weltkrieg finanziell nicht liquidieren kann. Wenn man uns für viele Jahrzehnte ähnliche Jahresleistungen, wie im gegenwärtigen Dawesplan vorgesehen, zumuten und dabei schließlich noch an eine Lockerung und Gefährdung des Transferschutzes denken sollte, dann sprechen wir, ebenso wie es Herr Kollege Kaas vor einigen Wochen im Reichstag getan hat, mit voller Offenheit aus:

Wenn wir zu wählen haben zwischen einem verschleierten Ja und einem klaren Nein, dann kann es nur ein sehr klares Nein geben.

Auch in der Frage einer etwaigen früheren Räumung der zweiten und dritten Zone kann Deutschland weitere politische Zugeständnisse nicht machen. Nach unserer Meinung ist es mit dem Geist von Locarno und mit der gleichberechtigten Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund unvereinbar, daß deutsches Gebiet weiterhin mit fremden Truppen besetzt bleibt. Wenn man sich in Praxis zu dieser Meinung und zu der Kraft und dem Willen einer großzügigen Geste, zu der der Sieger an sich fähig sein müßte, nicht aufzuschwingen vermag, dann müssen wir eben unsere Landsleute im besetzten Gebiet bitten, weiter auszuharren, wie sie bisher in Treue ausgeharrt haben. Zur Beseitigung der größten Unzuträglichkeiten im besetzten Gebiet muß das unbesetzte Deutschland nach wie vor tun, was möglich ist.

Neben dem Westen richten sich unsere Blicke nach dem europäischen Osten, nach Oesterreich. Wir wissen, daß der politische Weg von Wien nach Berlin nur gehen kann über Rom und Paris. Das kann uns aber nicht daran hindern,

die vorhandene Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem deutschen Volke weiterauszubauen,

zu festigen und zu verinnerlichen. Wir wollen unsere politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse beiderseitig anzugleichen suchen in der Erwartung, daß eines Tages die Früchte dieser Arbeit heranreifen werden.

In der Weltpolitik müssen wir die guten Beziehungen, die wir bereits wieder mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika und mit den südamerikanischen Staaten sowie mit dem fernen Osten, insbesondere mit China erlangt haben, weiter kräftigen und festigen.

In der

inneren Politik

müssen wir zunächst nachdrücklich in allen Zentrumskreisen aus der Kulturkampfatmosphäre herauszukommen suchen. Die ältere Generation hat natürlich viel von dem, was sie erlebt, noch nicht vergessen. Gegenwärtig nun ist Neues im Werden und Wachsen. Wir müssen über Vergangenes hinwegsehen und resolut und warm mit dem deutschen Volke und dem deutschen Staat zu verwachsen suchen. In uns allen muß das Bewußtsein lebendig werden, daß wir auf Gedeih und Verderb mit dem deutschen Volk im ganzen und mit dem deutschen Staat verbunden sind. Einem sehr großen Teil des deutschen Volkes fehlt heute noch das Staatsbewußtsein. Viele sehen in dem Staat noch eine Aktiengesellschaft, aus der jeder für sich oder für seine Interessengruppe bestrebt sein müsse, das Denkbarmöglichste herauszuholen. Das ist eine sehr seichte und verfehlte Auffassung vom Staat. Wir müssen weiterhin zu einer Staatskonstruktion kommen, die die Synthese zwischen den deutschen Lebensnotwendigkeiten und unserer eigenen Weltanschauung darstellt.

Der heutige Staat ist noch weitgehend unfertig.

Unsere Gesinnungsgenossen von früher haben das Großdeutschland erstrebt. Die Entscheidung fiel 1866 im anderen Sinne. 1871 ist dann das Bismarcksche Reich erstanden, in dem Preußen allein eine überragende Vormachtsstellung vorgesehen war. Das alte Deutsche Reich war praktisch ein verlängertes Preußen. Eine Reichspolitik ohne die Zustimmung Preußens war so gut wie ausgeschlossen. Diesen Zustand hat die Weimarer Verfassung weitgehend zurückgedrängt. Es besteht keine gemeinschaftliche Staatsspitze mehr zwischen Preußen und dem Reich. Der preußische Ministerpräsident wird völlig selbständig und unabhängig gegenüber dem deutschen Reichskanzler bestellt; die Haltung Preußens im Reichsrat ist bedeutend geschwächt worden. Heute kann es vorkommen und ist es schon vorgekommen, daß die preußischen Reichsratsstimmen, die vom Staatsministerium instruiert sind einerseits, und jene, die von den preußischen Provinzen bestellt sind andererseits, sich gegenseitig aufgeben und so der größte Teil des deutschen Volkes im Reichsrate nichts zu melden hat, also vielfach das Entgegengesetzte von ehedem. Das ist die eine Seite des Bildes, insoweit sie Preußen betrifft. Auch von der Reichsseite her gesehen, ist der durch die Weimarer Verfassung geschaffene staatskonstruktive Zustand als Dauerregelung unhaltbar. Früher wurde der größte Teil des deutschen Reichsgebietes Preußen und das Reich, einheitlich verwaltet; heute hat die Reichsregierung im Bezug auf die innere Verwaltung des gesamten Reichsgebietes, hinsichtlich der Gestaltung des Schulwesens, bezüglich des in der Justiz herrschenden Geistes und des Personalwesens, so gut wie nichts zu melden. In den letzten 10 Jahren, wo das deutsche Volk lange Zeit um sein nacktes Leben kämpfen mußte, traten diese innerpolitischen Unmöglichkeiten nicht so stark hervor. Das kommt in den nächsten Jahren sehr viel anders. In den letzten 10 Jahren mußte der neue deutsche Staat in Rohbau bestellt werden. Nun konzentrieren sich Interesse und Aufgaben im ganz anderem Maße auf die Inneneinrichtung. Alles, was heute ins Innere des Reiches, der Länder und Gemeinden hineinsieht, findet die vielen Lehrsätze das starke Neben- und Gegeneinanderregieren, im Hinblick auf den geschmächten deutschen Staat und die geschwächte deutsche Wirtschaft als nicht zu verantworten. Die deutsche Außenpolitik ist sodann bei der gegenwärtigen Stellung Deutschlands in der Welt außerordentlich schwierig zu führen. Die Außen- und Innenpolitik eines Landes läßt sich nicht schematisch trennen, sie korrespondieren vielmehr sehr stark miteinander. **Wir haben heute den Völkerbund.** Kein zweites Volk hat so viele Stammesgenossen außerhalb seines Staatsverbandes wohnen wie das deutsche. Wenn Deutschland die Interessen seiner Landsleute bei seiner gegenwärtig geschwächten Weltgeltung im Völkerbund wahrnehmen will dann ist erste Voraussetzung, daß die deutsche Innenpolitik auf allen Gebieten genau so orientiert ist, wie Deutschland seine zahlreichen Landsleute in der übrigen Welt behandelt zu haben wünscht. Die deutsche Reichsregierung aber hat ja gar keinen Einfluß auf die vielseitigen Verästelungen der deutschen Innenpolitik.

Das Deutsche Reich und die deutsche Reichsregierung bleiben auf dem Gebiete der Innenpolitik ständig Theoretiker; die Praktiker sitzen in den einzelnen Ländern.

Mit theoretischen Deduktionen läßt sich aber keine zielstrebige deutsche Minderheitenpolitik und auch keine weitgreifende deutsche Kulturpolitik in der Welt betreiben. Wie will aber Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles geistige und moralische Eroberungen in der Welt machen ohne eine planmäßige, zielstrebige und weitgreifende deutsche Kulturpolitik?

Trotz dieser, wie mir scheint, zwingenden Darlegungen muß man zugeben, daß

eine halbwegs vollkommene Staatskonstruktion für Deutschland zu finden außerordentlich schwer

ist. Man redet vom dezentralisierten Einheitsstaat. Das ist, solange keine nähere Inhaltsangabe erfolgt, ein Schlagwort. Andere reden vom liberalen Einheitsstaat. Der alte Liberalismus ist in Zentrumskreisen noch aus der Kulturkampfzeit her suspekt. Ein solcher Staat würde und müßte praktisch zu französischen Zuständen führen. Wir wollen in Deutschland kein Staatswesen, in dem einige Plätze den Auffangapparat der Hochfinanz darstellen; wir wollen auf dem Gebiete des Zeitungswesens kein London und kein Paris; wir wollen durch die Staatskonstruktion nicht den Zustand begünstigt wissen, daß einige wenige Städte zum literarischen, geistigen und kulturellen Mittelpunkt herausgestellt werden, und das übrige Land, ähnlich wie in Frankreich, geistig und kulturell verödet und verarmt. Ich habe Verständnis dafür, daß die süddeutschen Länder aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen sich gegen den Berliner Zentralismus wehren. Auch mit den Beschlüssen des Deutschen Städtetages, der anstelle der gegenwärtigen 17 Länder 40 bis 50 expansionslüsterne Großstadtrepubliken schaffen will, vermag ich mich nicht anzufreunden. In den Stadtrepubliken geht das Volkhafte, die Verwurzelung mit dem Gemeinwesen, das Sinnfällige für den Heimatgedanken, das gegenseitige Bekanntwerden, das sich gegenseitige Helfen und gegenseitige Stützen weitgehend verloren.

Ich habe mich als preußischer Wohlfahrtsminister mit diesen Fragen sehr intensiv beschäftigt. Ich stand im Jahre 1920 auf dem Standpunkt, daß man eine allgemeine Endlösung langsam und organisch vorbereiten müsse. Jetzt drängt die Zeit, um möglichst bald zu einer Endlösung zu kommen. Eine solche Endlösung bringt natürlich außerordentliche politische Schwierigkeiten mit sich. Die Zeit für eine Teillösung, wie sie jetzt der Bund zur Erneuerung des Reiches in Vorschlag gebracht hat, ist m. E. zu spät. Es kommt nicht darauf an, sich auf eine bestimmte Lösung zu captrizieren.

Das Entscheidende für uns muß sein, daß die mangelhafte deutsche volkliche Verbundenheit nicht weiter gestört, sondern sorgfältig gepflegt wird,

daß der Wille zur Lebensbejahung, zur Lebenssteigerung, zur volklichen Selbstbehauptung nicht von einer vielfach dekadenten großstädtischen Hyperzivilisation immer mehr gefährdet wird; daß das deutsche Volk in Wahrheit zu einer Nation zusammenwächst, und daß nicht durch eine falsche Staatskonstruktion im Innern die deutschen Belange in der Welt nicht ausreichend zur Geltung gebracht werden können. Darauf scheint es mir anzukommen. Ueber den Weg zu diesem Ziel lasse ich für meinen Teil mit mir reden.

Die Richtlinien, die die Zentrumspartei im vergangenen Frühjahr über das Problem Reich und Länder herausgegeben hat, haben uns ein großes Stück weitergebracht. Obwohl diese Richtlinien vielfach scharf kritisiert wurden, hat sich gezeigt, daß zunächst der praktische Weg an Hand dieser Richtlinien gegangen werden muß. Die Zeit ist aber reif, daß wir jetzt über diese Richtlinien hinauskommen.

Die Partei muß geschlossen ein Endziel in dieser Frage haben.

Deshalb beauftragt der Parteitag zweckmäßig den Reichsparteivorstand bezw. eine von ihm eingesetzte Kommission, die Frage Reich und Länder planmäßig voranzutreiben.

Aehnlich wie die deutsche Staatskonstruktion befindet sich in Deutschland

auch die parlamentarische Demokratie noch in sehr unfertigem Zustande.

In England, dem parlamentarischen Musterland, steht, wenn eine Regierung geht, die sie ablösende vor der Tür. Bei uns werden Regierungen gestürzt, ohne daß die Parteien, die für Mißtrauensvotum stimmen, sich Kopfzerbrechen darüber machen, welche andere Regierung möglich ist; bei uns stürzt man eine Regierung und geht unmittelbar danach wochenlang in parlamentarische Weihnachtsferien, als ob nichts geschehen wäre; bei uns kommt es vor, daß der Reichskanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmen soll, und der zuständige Ressortminister auf der Regierungstribüne gegeneinander reden, der Reichskanzler — wie bei der Panzerkreuzerfrage — unterliegt, und daraus weder er noch der zuständige Ressortminister irgendwelche Konsequenzen zieht.

So kann ein Land auf die Dauer bestimmt nicht regiert werden.

Ein solcher Parlamentarismus braucht nicht gegen den Faschismus anzukämpfen; er macht sich selber kaputt. Nun ist die Frage: Wie ist den Dingen beizukommen? Darüber herrscht auch in unserm Lager noch keine ausreichende Klarheit; daher einige zusammenfassende Bemerkungen:

Im allgemeinen gibt es zwei Arten von parlamentarischer Demokratie: das amerikanisch-schweizerische System auf der einen und das westeuropäische System auf der anderen Seite. In Amerika wird der Staatspräsident auf vier Jahre gewählt; er besteht seine Staatssekretäre, das Parlament kann sie nicht beseitigen. In der Schweiz wird die Bundesregierung für mehrere Jahre gewählt. Während ihrer Amtszeit kann in der Regel kein Minister vom Parlament beseitigt werden. Beim westeuropäischen System kann ein Kabinett oder ein einzelner Minister jederzeit durch ein Mißtrauensvotum beseitigt werden.

Wir haben das westeuropäische System überspitzt eingeführt;

wir haben im Gegensatz zu allen westeuropäischen Staaten keine zweite Kammer. Der Reichsrat hat diesen Charakter nicht; er will in der Hauptsache zweierlei: 1. möglichst viel Geld vom Reich, 2. möglichst viel Kompetenzen für die Länder auf Kosten des Reiches.

Das sind nicht die normalen Wesensmerkmale einer zweiten Kammer. In Frankreich kann weiterhin die Regierung den Anlaß selbst bestimmen, bei dem sie die Vertrauensfrage zur Abstimmung gestellt wissen will. Bei uns kann jedes Bäckerdutzend von Abgeordneten bei dem simpelsten Anlaß Mißtrauensvoten einbringen, worüber abgestimmt werden muß. Gegenwärtig werden gegen die Mängel des deutschen parlamentarischen Systems folgende Vorschläge gemacht:

1. Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten. Das ist kein Allheilmittel; es kommt darauf an, wer Reichspräsident ist. Der König von England hat bestimmt keine größeren Rechte als der deutsche Reichspräsident, trotzdem konnte Eduard VII einen großen politischen Einfluß ausüben.

2. Stärkung der Stellung des Reichsrates. Das bedeutet nicht viel, weil eben der Reichsrat keine zweite Kammer ist.

3. Stärkung der Stellung der Reichsregierung. Auch diese Maßnahme wird überschätzt. In Bagatellsachen ist bis jetzt noch keine deutsche Regierung und kein einziger deutscher Minister gestürzt worden. Und wenn in großen Fragen zwischen einer Koalitionspartei und der Regierung Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann jede Partei ihre Minister jederzeit zurückziehen.

4. Auch das amerikanisch-schweizerische System ist für Deutschland kein Allheilmittel. Amerika hat noch das Zweiparteiensystem. Die Mehrheitspartei stellt den Staatspräsidenten, dieser ist also während seiner Amtszeit ihr Vertrauensmann. Im Deutschen Reichstag dagegen bestehen 12 Parteien. In der Schweiz gibt es bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Parlament ein einfaches Mittel: das Volksreferendum. Das kann ein kleiner Staat machen. In Deutschland können wir nicht alle Augenblicke bei 42 Millionen Wählern Volksabstimmungen herbeiführen. Für die Regierungen der Länder halte ich allerdings die Wahl der Minister für die Dauer der Wahlperiode im allgemeinen für möglich. Als das Schlimmste am parlamentarischen Regierungssystem wird im Volke zweierlei gesehen: a) die häufigen Regierungskrisen und die damit verbundene Gefährdung der Regierung und Staatsautorität; b) die vielen Agitationsanträge, die eine ständige Gefahr für eine ordnungsgemäße und sparsame Finanzgebarung sind.

Dagegen gibt es große und kleinere Mittel. Das große Mittel ist eine fundamental andere staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes als im 19. Jahrhundert. Das ist kein Mittel für Wirkungen auf kurze Sicht. Es gibt aber auch solche Mittel:

1. Es muß das allgemeine Verantwortungsbewußtsein gehoben werden. Das kommt nach normalen Zeiten ganz von selbst. Wenn jede Partei abwechselnd zur Regierung kommt, dann hütet sich jede Partei in der Stunde, in der sie in Opposition ist, Anträge zu stellen, die sie, wenn sie Regierungspartei wird, nicht durchführen kann. Die Sozialdemokratie wird in der nächsten Zeit mehrere Anträge niederstimmen müssen, die sie früher selbst eingebracht hat und für deren Neueinbringung jetzt die Kommunisten „liebevoll" sorgen werden. Die Sozialdemokratie wird weiterhin, nach dem, was sie in den letzten Wochen erlebt hat, Panzerkreuzer- und andere Fragen nicht mehr so behandeln, wie sie es beim letzten Wahlkampf getan hat. Auch in ihrer Hetze gegen einen nichtsozialistischen Arbeitsminister dürfte sie künftig vorsichtiger sein, nachdem ihr eigener Arbeitsminister in wenigen Monaten gezeigt hat, daß auch er eine andere und bessere Politik als sein Amtsvorgänger nicht machen kann.

2. Es kann durch ein geeignetes Wahlrecht dem Unwesen der Splitterparteien begegnet werden, wodurch ebenfalls größere parlamentarische Klarheit und Verantwortlichkeit geschaffen wird.

3. Man kann die Geschäftsordnung des Reichstags und das allgemeine Haushaltsgesetz dahingehend ändern, daß der Regierung verboten wird, außerhalb des Etats, auch dann, wenn entgegenstehende Reichstagsbeschlüsse vorliegen, Ausgaben zu machen, für die Einnahmen nicht vorhanden sind.

4. Man kann dem französischen System näher treten, bei dem die Regierung selbst bestimmt, welche politischen Vorgänge für die Vertrauensfragen sind.

5. Bei einer festen Koalition kann, wie das in den letzten Jahren regelmäßig geschehen ist, festgelegt werden, daß Anträge, die größere politische Gegenstände betrachten oder Geld kosten, nur in gegenseitigem Einvernehmen aller Koalitionsparteien gestellt werden können.

6. Es kann zu gegebener Zeit sehr wohl dem Zweikammersystem, das fest in allen parlamentarisch regierten Ländern besteht, näher getreten werden.

Mit dem parlamentarischen Regierungssystem steht in engstem Zusammenhang

die Wahlrechtsfrage.

Es gibt kein zweites Land der Welt, das parlamentarisch regiert wird und ein ähnliches Wahlrecht hat, wie Deutschland. Einen Erfolg beim Wahlrecht zustande zu bringen, wird nicht leicht sein, weil die meisten Parteien des Reichstages von einer Aenderung nicht viel wissen wollen. Die hauptsächlichste Veränderung dürfte eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise zum Ziel haben, damit einmal ein engeres Verhältnis zwischen Gewählten und Wählern herbeigeführt und daneben dem Unfug begegnet werden kann, daß bei einer Wahl 33 Listen eingereicht und im Zeitalter des parlamentarischen Regierungssystems lediglich einseitig interessenpolitisch eingestellte und im sonstigen völlig unpolitische Menschen gewählt werden können. Wenn sich ein Volk parlamentarisch regieren lassen soll, dann muß es von Menschen, die es wählt, auch verlangen können, daß sie allgemein-politisch zu denken verstehen. Das Verhältniswahlsystem wird beizubehalten sein; ohne dasselbe ist auch keine Mehrheit für ein verändertes Wahlsystem im Reichstage zu bekommen. Auch eine Reichsliste wird beizubehalten sein, weil sonst Frauen und sonstige prominente Menschen, an denen die Volksvertretung ein lebhaftes Interesse hat, der Gefahr ausgesetzt sind, Mandate nicht erlangen zu können.

Auch über das

Wesen der Sozialpolitik

herrschen in Zentrumskreisen vielfach noch falsche Vorstellungen, die Sozialpolitik hat den Zweck, die sozialen Spannungen in einem Volkskörper zu mildern. Sozialpolitik ist nicht nur Arbeiterpolitik, Sozialpolitik ist im tiefsten Sinne des Wortes Gesellschaftspolitik. Dann hängen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufs engste zusammen. Für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie hat der Zollschutz dieselbe Wirkung, wie die Sozialpolitik für die Arbeiter und Angestellten. In den letzten Jahren konnte eine organische Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrieben werden, weil wir zu viel nackte Notstandspolitik von einem Tage zum anderen betreiben mußten. Für die Folgezeit muß die Wirtschafts- und Sozialpolitik organisch angepaßt werden müssen. Die alte Sozialpolitik ist, wenn das Arbeitsschutzgesetz verabschiedet und die Zusammenfassung und Ausbildung des Arbeitsrechts erfolgt ist, im großen und ganzen abgeschlossen.

Jetzt gilt es, die Arbeitermassen, insbesondere in die Großwirtschaft gleichberechtigt einzugliedern.

Die Sozialpolitik der Zentrumspartei geht vielfach von ganz anderen Motiven aus und will teilweise mit ihr auch ganz andere Wirkungen erzielen als andere Parteien. Die Sozialdemokratie will beispielsweise allgemeine Volksfürsorge in Fällen der Krankheit, der Invalidität, des Alters, bei sonstigen Notunfällen, die Mittel will sie durch allgemeine Steuern aufgebracht wissen. Wir wollen dagegen bewußt gesetzliche Sozialversicherung mit weitgehender Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nur so wird Selbstverantwortung geschaffen. Wir sagen in Sachen der Arbeiterversicherung im bewußten Gegensatz zur Sozialdemokratie:

1. Wir sind dagegen, daß die Abzüge vom Lohn noch wesentlich erhöht werden, daß also eine weitere stärkere Lohnsozialisierung erfolgt. Der Aufstiegskampf der Arbeiterschaft muß geführt werden von den gesunden Arbeitern; für diese gilt es, künftig verstärkt bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Die Verbesserung der Sozialversicherung muß künftig überwiegend durch eine Vereinfachung der Verwaltung durch Zurückdrängung der Ausgaben für Bagatellsachen zu Gunsten der schwerer Erkrankten und der in ihrer Gesundheit stark Beschädigten erfolgen.

2. Die gesetzliche Sozialversicherung darf nicht zu einer Lockerung der Blutsbande führen. Dort, wo Vater und Mutter dazu in der Lage sind, haben sie für ihre Kinder selbst zu sorgen; und dort, wo die Kinder dazu imstande sind, haben sie für ihre betagten Eltern selbst mitaufzukommen. Erst dort, wo diese Voraussetzungen fehlen, hat die Gesellschaft einzugreifen.

3. Durch die gesetzliche Sozialversicherung darf das Streben des einzelnen Menschen, sich selbst zu helfen, und der gewerkschaftliche und genossenschaftliche Selbsthilfegedanke nicht getötet werden. Unser Streben muß vielmehr dahingehen, daß in absehbarer Zeit durch Steigerung des Reallohnes das Gros der deutschen Arbeiter dahingebracht werden kann, sich 1000 bis 2000 Mk. zurückzulegen. Mit diesem Streben schaffen wir einen ganz anderen selbstbewußten Menschentyp, als wenn in allen Schicksalsfragen des Lebens der Arbeiter lediglich auf die Allgemeinheit und die gesetzliche Sozialversicherung angewiesen ist.

Wir wollen allmählich zu einer Entproletarisierung der allerbreitesten Schichten der Arbeiterschaft kommen.

Wer das will, kann natürlich auch keine Proletarisierung des Mittelstandes wollen.

Wir wollen einen tüchtigen, soliden, leistungsfähigen Mittelstand.

Die Mittel, mit denen die Gesetzgebung dieses Ziel fördern kann, müssen resolut angewendet werden. Wir wollen weiterhin

ein lebensstarkes und lebensfrohes Bauerntum.

Der Schutzzoll für die deutsche Landwirtschaft ist für uns nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern auch eine volkspolitische und nationalpolitische Sache allerersten Ranges. Ein gesundes Volk ist in einem Binnenland auf die Dauer nur möglich, wenn ein großer Teil dieses Volkes ständig mit den Naturelementen Luft, Licht, Sonne und Erde verbunden bleibt. Wir kommen künftig mit enger staatlicher Sozialpolitik nicht mehr aus, sondern müssen soziale Staatspolitik auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiete des Bildungswesens betreiben. Nur so werden wir ein Volk, das sich miteinander verbunden fühlt, das sich für einander einsetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist natürlich eine Arbeit von vielen, vielen Jahren notwendig. Wenn aber schrittweise, planmäßig und zielbewußt an diesen Bestrebungen gearbeitet wird, dann kommen wir bestimmt zum Ziel.

Eine besondere Sorgfalt hat die Zentrumspartei stets den

Grenzgebieten

zugewendet. Heute ist die deutsche Ostgrenze dünn bevölkert, während die Westgrenze, im Zeitalter stärksten europäischen Militarismus, entmilitarisiert ist. Weil Europa ganz und garnicht befriedet ist, ist es naturgemäß, daß unter solchen Verhältnissen die deutschen Industriesiedlungen immer mehr in Mitteldeutschland erfolgen. So bilden sich in Mitteldeutschland immer mehr Wohlhabenheitsbezirke, während heute schon bestimmte Gebiete des Westens und des Ostens immer mehr verarmen. Das führt sowohl nationalpolitisch, wie auch kulturell zu ganz unhaltbaren Zuständen. Wir müssen daher fordern, daß den Grenzbezirken in Osten und Westen in wirtschafts- und verkehrspolitischer Hinsicht die allergrößte Sorgfalt zugewendet wird.

Zum Schlusse noch einige kulturpolitische Bemerkungen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird der Kulturpolitik eine besondere Aufgabe zufallen. Gerade vom Standpunkte unserer Weltanschauung haben wir in den großen Auseinandersetzungen zwischen einer äußerlich entwickelten Zivilisation und einer seelisch zu pflegenden Kultur Eigenes und Selbständiges zu sagen, auch Kulturpolitisches zu fordern. Nach innen gesehen, stehen wir vor der Frage, jeden einzelnen Staatsbürger nicht nur juristisch und staatspolitisch in das Staatsganze einzuordnen, sondern ihn auch vollberechtigt in die deutsche Kulturgemeinschaft aufzunehmen.

Deutsche Kultur darf nicht als einseitiges Bildungsprivileg gehandhabt werden.

sie muß vielmehr zum innersten Kern, zur höchsten Zielsetzung und zur liebevoll empfundenen Einzelarbeit an jedem deutschen Staatsbürger werden. Die deutsche Kulturpolitik muß somit eine Wendung und Note ins Soziale und Volksverbindende empfangen. Diese Dinge hat in den letzten Jahren Herr Professor Dr. Schreiber stark herausgestellt. Sie müssen im Zentrumslager allgemein gesehen an ihrer Formung und Gestaltung muß allseitig mitgearbeitet werden. Daneben geht die Kulturpolitik der nächsten Jahre um Familie, Kind und Jugenderziehung. Dabei müssen wir uns klar sein, daß

die Zentrumspartei mit ihrer Weltanschauung vor sehr schweren Kämpfen steht.

Es geht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten um Großes. Jetzt hat die Zentrumspartei zu beweisen, ob sie ihre Mannen zusammenzuhalten vermag, solange sie von anderen und dem Staate unterdrückt und geknebelt werden, oder aber ob sie auch

die Kraft in sich fühlt, Volksbewegung zu werden für die kulturelle Neugestaltung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft.

Wenn das gelingen soll, dann müssen die Kräfte gesammelt werden. Wir müssen allmählich in Europa aus der Vorstellung heraus, daß es dem einen Volk nur gut gehen könne auf Kosten des anderen; wir müssen in der Innenpolitik, in Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zu der Betrachtungsweise des Kaufmannes kommen, die sagt, wenn zwei einen Vertrag abschließen, müssen beide davon profitieren.

Die Stunde ist gekommen, daß

Zentrum und Bayerische Volkspartei

sich an einen Tisch setzen, ihre noch vorhandenen politischen Meinungsverschiedenheiten ausgleichen und dann wieder in einer Front gemeinschaftlich marschieren. Die Stunde ist gekommen, daß man allseitig und überall

der Jugend ausreichende Entfaltungs- und Betätigungsmöglichkeit in der Partei

einräumt. Eine Partei, die an ihre Zukunft glaubt, ist nicht möglich ohne aktive Mitarbeit der Jugend. Der Kölner Parteitag muß in ganz Deutschland hinausrufen: Schließt die Reihen zu edlem Streit um große Ziele!

Gerichtszeitung.

Erst zum Tode verurteilt, dann nach 2¼ Jahren Zuchthaus freigelassen.

— **Breslau**, 7. Nov. Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung" erschoß im Jahre 1925 der Bäckergeselle Jentsch aus Hamburg seinen Schwager, den Maurer Jäckel in Leschwitz, nachdem seine Schwester ihn in Klagebriefen um Hilfe gegen ihren dem Trunk ergebenen brutalen Ehemann gebeten hatte. Jentsch und seine Schwester, Frau Jäckel, wurden daraufhin wegen gemeinsamen Mordes zum Tode verurteilt, während ein beteiligter Dritter, der Barbier Binner wegen Begünstigung mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft wurde. Das Todesurteil wurde jedoch durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt, Binners Strafe auf fünf Jahre herabgesetzt. Auf ein Gnadengesuch der Frau Jäckel, die 2¼ Jahre ihrer Strafe verbüßt und sich einwandfrei geführt hat, beschloß jetzt der Rechtsausschuß des preußischen Landtages, dem Gesuch zu entsprechen. Frau Jäckel wurde sofort aus der Haft entlassen.

Eine Erpressung.

× **Breslau**, 7. Dez. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich der 40jährige vorbestrafte Kaufmann Joseph Platzeck wegen Erpressung gegenüber einem Kaplan zu verantworten. Er hatte ihm erzählt, daß er eine Menge Material habe, das eine Breslauer Wochenschrift demnächst veröffentlichen werde. Für 1000 ℳ Schweigegeld würde er dagegen bereit sein, die Veröffentlichung zu verhindern. Der Kaplan, der sich keiner Verfehlung bewußt war, aber jeden Skandal vermeiden wollte, zahlte zunächst 500 Reichsmark und verpflichtete sich, den restlichen Betrag postlagernd nach Breslau zu überweisen. Das Gericht verurteilte Platzeck in Anbetracht dessen, daß er sich in Not und Verzweiflung befunden habe, zu sechs Monaten Gefängnis.

Zur Amerikafahrt des „Graf Zeppelin".

Dr. Eckener tritt unbegründeten Gerüchten entgegen.

● **Hamburg**, 7. Dez. Dr. Eckener, der in diesen Tagen in Hamburg weilte, erklärte einem Mitarbeiter des Hamburgischen Korrespondenten" zu den Gerüchten, die kürzlich unter der Ueberschrift „Was ist mit dem Zeppelin?" in einer Bremer Zeitung wiedergegeben wurden, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Er sagte wörtlich: „Wir haben niemals S. O. S.-Rufe ausgesandt. Ich war jeden Augenblick imstande, die Passagiere, wenn es nötig war, entweder auf den westindischen Inseln in Florida oder Carolina zu landen. Aus dem Bewußtsein meiner Verantwortung heraus habe ich während des besonders kritischen Moments die funkentelegraphische Bitte um Bereitstellung einiger Schiffe ausgesprochen, konnte aber sehr schnell den zweiten Funkspruch aussenden, daß Dampferhilfe nicht nötig sei. Meine Passagiere konnte ich nicht aussuchen und darf nicht dafür haftbar gemacht werden, wenn einige unter ihnen und dabei wohl auch der Zeichner der „Berliner Illustrierten" übernervös waren und ihr Leben in Gefahr glaubten. Die Havarie an der einen Stabilisierungsfläche mußte gewiß im ersten Augenblick bedenklich scheinen, aber wir konnten des schlimmen Zwischenfalles rasch Herr werden und stellten fest, daß Lebensnot für das Schiff nicht vorhanden war. Ich wiederhole, daß die Behauptung gänzlich unsinnig sei, wir hätten „Schreie der Verzweiflung" ausgestoßen oder gesunkt. Niemals lag ein Grund dazu vor. Wenn jener amerikanischer Passagier, der sich in Friedrichshafen besonders zu der Fahrt drängte, jetzt andauernd Interviews gibt und unser Schiff schlecht macht, so kann ich mir das nur daraus erklären, daß irgendwelche uns gegnerisch gesinnte Stellen dahinterstehen müssen." Dr. Eckener erklärte weiter, daß trotzdem der „Graf Zeppelin" weder den Wünschen Dr. Dürrs noch den seinen restlos entspreche, er dennoch mit dem „Graf Zeppelin" noch einmal eine Amerika-Fahrt machen werde, denn er wisse, daß er sie trotz gewisser Mängel leisten könne. Was die Havarie der einen Stabilisierungsfläche hervorgerufen habe, wisse man immer noch nicht sicher, man vermute, daß im Augenblick einer gefährlichen Böe ein jüngerer Steuerer nicht sofort den absolut richtigen Griff getan habe, wodurch an einer Stelle ein überstarker „Sog" aufgetreten sein könne. Zum Schluß erklärte Dr. Eckener noch einmal, daß die über die Amerikafahrt ausgestreuten Gerüchte den Tatsachen durchaus zuwiderlaufen und nur auf persönliche Empfindlichkeiten oder gegnerische Interessen zurückgeführt werden könnten.

★

Die Reichssubventionen für die Luftfahrt-Industrie.

)(**Berlin**, 7. Dez. Der Demokratische Zeitungsdienst berichtet: Zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Rechnungshof finden zurzeit Auseinandersetzungen statt. Bei diesen Verhandlungen handelt es sich um die wirtschaftliche Gestaltung der zur Förderung des Luft- und Kraftfahrtwesens geschaffenen Einrichtungen, bei denen das Reich geldlich beteiligt ist. Die bisherigen Maßnahmen des Reichsverkehrsministeriums, insbesondere auf dem Gebiet der Luftfahrt-Subventionen, haben in einer Anzahl von Punkten nicht die Zustimmung des Rechnungshofes gefunden. So ist insbesondere bemängelt worden, daß sehr häufig gewährte verzinsliche Darlehen in Beihilfen oder in Beschaffungsaufträge durch das Verkehrsministerium umgewandelt worden sind. Diese Art der Unterstützung findet nach einer Erklärung des Reichsverkehrsministers nicht mehr Anwendung, sondern es werden Darlehen in Beschaffungsaufträge unter Anrechnung auf den Lieferpreis umgewandelt. Ein zu großes Entgegenkommen gegenüber der Flugzeugindustrie erblickt der Rechnungshof ferner darin, daß bei Aufträgen fast nie eine Lieferfrist vereinbart worden ist. Für die Zukunft hat der Reichsverkehrsminister die Vereinbarung von Lieferfristen in Aussicht gestellt. Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß in einigen Fällen Flugzeugzellen und insbesondere Flugzeugmotoren nach Auffassung des Rechnungshofes über ihren Wert bezahlt worden sind. Dieser Ueberpreis ist auch einer Firma zugute gekommen, die in einer Zeit, in der die gesamte deutsche Industrie keine oder nur geringe Gewinne aufzuweisen hatte, zur Verteilung einer Dividende von 10 v. H. imstande war. Bezüglich dieser Firma wird festgestellt, daß ihr für 10 Motoren ein Stückpreis von 18 000 Reichsmark, für weit über 100 Motoren aber ein Stückpreis von 20 000 Reichsmark bewilligt worden ist. Der Rechnungshof hält es für notwendig, daß sich der Reichsverkehrsminister vor Vergebung der Aufträge und vor finanzieller Unterstützung von Firmen einen voll ausreichenden Einblick in die ihnen entstehenden Selbstkosten verschafft. Angesichts der Tatsache, daß die Flugzeugindustrie und Flugmotorenindustrie aus Mitteln des Reiches wesentliche Unterstützungen erhält, dürfte dem hiergegen von der Industrie gezeigten Widerstand eine Berechtigung nicht zugesprochen werden können. Der Reichsverkehrsminister hat neuerdings eine Prüfung der Vor- und Nachkalkulation durch eine aus betriebswirtschaftlichen und technischen Sachverständigen bestehenden Kommission eingeleitet und beabsichtigt, den Ausbau dieser Organisation zu einer einheitlichen Preisprüfungsstelle. Einige Werke haben im Uebermaß neue Flugzeugmuster entwickelt, ohne daß die Möglichkeit ihres Absatzes bestanden hätte. Hierdurch sind die Werke in finanzielle Schwierigkeiten geraten, zu deren Ueberwindung sie die Hilfe des Reichs in Anspruch nehmen mußten. Die den einzelnen Firmen der Flugzeugindustrie in der Form von Aufträgen, Darlehen und Beihilfen zugeführten Reichsmittel lassen nicht unerhebliche Unterschiede hinsichtlich der Art der Zuwendungen erkennen. In jedem Falle hält es der Rechnungshof für bedenklich, Unternehmungen, deren Lebensfähigkeit nach Maßgabe ihres Anlage- und Betriebskapitals von vornherein als ausgeschlossen gelten muß, aus Reichsmitteln zu erhalten. Auch die Unterstützung etwa neu entstehender Firmen hält der Rechnungshof bei dem geringen Bedarf von Flugzeugen nicht für angezeigt, vielmehr eine Einschränkung der Zahl der Flugzeugwerke und eine Rationalisierung für erstrebenswert. Der Reichsverkehrsminister hat erklärt, dieser Frage seine Aufmerksamkeit bereits zugewendet zu haben mit dem Erfolge, daß seit 1925 fünf Werke stillgelegt worden sind. Eine Rationalisierung im Wege einer Zusammenlegung einiger Firmen glaubt aber der Reichsverkehrsminister sowohl aus Gründen technischer und organisatorischer Art als auch aus solchen allgemein volkswirtschaftlicher Natur nicht befürworten zu können. Indessen ist angeregt worden, diese Frage noch einmal zu prüfen.

★

Der Bau des L. Z. 128.

= **Berlin**, 7. Dez. Nachdem in der vorigen Woche die Verhandlungen zwischen dem Luftschiffbau und dem Reich bezw. der Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis über die Bereitstellung des „Graf Zeppelin" für die Polarflüge der Studiengesellschaft zum Abschluß gebracht worden sind, haben jetzt in Berlin neue Besprechungen begonnen, die die Weiterentwicklung des Luftschiffbaus und die Vorbereitungen der Schaffung eines regelmäßigen Luftschiffverkehrs betreffen. Diese Verhandlungen werden von Generaldirektor Kommerzienrat Colsmann sowie von Dr. Eckener und Syndikus der Luftschiffbau Dr. Schmidt geführt. Zunächst handelt es sich, wie verlautet, darum, daß eine Verkehrsgesellschaft gegründet werden soll, die das nächste zu bauende Luftschiff, also den „L. Z. 128", bestellt und diesen neuen auf Grund der Erfahrungen der bisherigen Amerikafahrten entsprechend abgeänderten und verbesserten Zeppelin — den Typ für einen regelmäßigen transatlantischen Verkehr — in Angriff nimmt. Sodann beabsichtigt der Luftschiffbau den ihm gehörenden Flugplatz Staaken an die Stadt Berlin zu verkaufen. Allerdings nur das Terrain selbst und das Werft II, in dem die Werft des Luftschiffbaues untergebracht ist, während das Werk I, nämlich die Zeppelinhalle mit den Nebengebäuden, die an ein Filmunternehmen verpachtet sind, in dem Besitz des Luftschiffbaus blieben soll, so heißt es weiter, würden Staaken erzielten Mittel, so heißt es weiter, würden den Luftschiffbau in Stand setzen, schon bald mit den Arbeiten für den L. Z. 128 zu beginnen, damit das Luftschiff, wie beabsichtigt, bereits 1930 in Dienst gestellt werden kann.

Aus Westdeutschland.

Sexualpädagogische Tagung in Düsseldorf.

⊙ **Düsseldorf**, 7. Dez. Im Rittersaal der städtischen Tonhalle in Düsseldorf wurde heute nachmittag von dem Leiter der Zweigstelle Düsseldorf des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik, P. Dr. Schröteler, die Sexualpädagogische Tagung eröffnet. Aus allen Teilen des Reiches waren über 1000 Teilnehmer erschienen, sodaß der Rittersaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Welche große Bedeutung man der Tagung beimißt, zeigen die zahlreichen Vertretungen der kirchlichen und weltlichen Behörden und großer Organisationen und Verbände. Das Ministerium des Innern und das preußische Kultusministerium, das Landesjugendamt der Rheinprovinz hatten in ganz besonderer Weise die Tagung unterstützt. Dr. Schröteler sprach über „Die sexuelle Not der Jugend und unsere Aufgaben." Er umriß in kurzen Worten das Ziel und die Aufgaben der Tagung. Dann ergriff Universitätsprofessor Dr. Bopp das Wort zu seinem Vortrag „Jugendkunde und Sexualpolitik". Am Abend sprachen in einer großen Elternversammlung Studiendirektor Dr. Altmeyer-Emmerich über „Bedeutung und Aufgaben des Elternhauses für die sittliche Erziehung des Kindes" und Frau Oberlandesgerichtsrat Schuhmacher-Bonn über „Was hat die Mutter zu tun für die sittliche Erziehung des Kleinkindes und des heranreifenden Mädchens?"

★

× **Datteln**, 7. Dez. Eine leichtfertige Hausfrau muß wegen Wechselfälschung ins Gefängnis. Die Ehefrau Elisabeth Weber von hier hatte sich angewöhnt, einzukaufen, ohne sogleich zu bezahlen. Besonders große Einkäufe tätigte sie in einem Geschäft in Recklinghausen, in dem sie schon jahrelang Kundin war. Nachdem sie dann sich einige Zeit nicht mehr hatte sehen lassen, tauchte sie dort plötzlich wieder auf und erzählte, ihr Mann habe einen Flaschenbierhandel angefangen; da aber ihre Kun-

:: **Holsterhausen** b. Dorsten, 8. Dez. **Der Mord an dem 2jährigen Kinde.** Zu dem von uns gestern gemeldeten Mordversuch wird noch mitgeteilt, daß die Mutter ihrem 2jährigen Kind wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Umnachtung den Schnitt in den Hals beigebracht hat. Die Wunde ist im Krankenhaus vernäht worden, aber Lebensgefahr besteht immer noch. Im Polizeibericht heißt es: In den Abendstunden drangen aus der Wohnung der Eheleute Wabbe Jammerrufe, die immer stärker wurden. Nachbarn versuchten in das Haus einzudringen, fanden jedoch sämtliche Türen verschlossen. Schließlich drangen 2 Männer durch das Fenster in das Haus ein, wo sich ihnen ein schauerlicher Anblick bot. Auf dem Fußboden in einer großen Blutlache lag ein kleines Kind mit durchschnittener Kehle, neben dem Kind lagen ein Brot- und ein Rastermesser. Die Ehefrau Wabbe lief im Zimmer umher und schrie: „Was habe ich getan! Holt ein Beil herbei und schlagt dem Kind den Kopf ab, damit es nicht zulange leiden braucht!" Die Polizei nahm die Frau fest, holte den Mann aus der Grube und führte beide dem Gericht zu, ebenso die Schwester der Frau. Die Polizei stellte fest, daß sich bei der Frau Anzeichen geistiger Umnachtung bemerkbar gemacht haben.

Paderborn, 8. Dez. **Der Gipfel der Vergeßlichkeit.** Ein an der Stadtgrenze gelegenes größeres Werk hatte sich jüngst von einem Landwirt ein Pferd geliehen, das bei kleineren Arbeiten auf dem Werkhofe Verwendung finden sollte. Das Pferd versah den ihm zugedachten Dienst nach bestem Können. Als zum Herbst das Pferd entbehrlich wurde, beauftragte der Werkmeister den Pferdeknecht, das Pferd dem Landwirt wieder zurückzubringen. Als sich neuerdings beim Werk die Arbeit wieder häufte, begab sich der Werkmeister abermals zum Landwirt und bat diesen, ihm das Pferd für einige Tage zu überlassen. Doch der Landwirt machte große Augen und ein verdutztes Gesicht und beteuerte, daß er sein Pferd von der ersten Hilfeleistung ja noch nicht zurückbekommen habe. Das war dem Werkmeister denn doch zuviel. Man stellt eingehende Untersuchungen an mit folgendem Ergebnis: der Stallknecht hat das Pferd in einem Raume des Werkes untergestellt und es dann gänzlich vergessen. Dort ist das Pferd, da der Raum tagelang von Werksangehörigen nicht betreten wurde, verhungert.

× **Gelsenkirchen-Buer**, 8. Dez. **Schwerer Autozusammenstoß.** Am Donnerstag abend ereignete sich kurz nach 8 Uhr an der Ecke Grenz- und Kaiserstraße ein schwerer Autozusammenstoß. Ein Buersches Personenauto, welches mit mehreren Stadtverordneten zum Hans-Sachs-Haus unterwegs war, wurde an der Straßenkreuzung von einem anderen Auto in schneller Fahrt angefahren. Der Zusammenstoß war derart heftig, daß letzgenannter Wagen etwa 20 m weit auf den Bürgersteig geschleudert wurde. Die drei Insassen dieses Wagens trugen erhebliche Verletzungen am Kopfe und im Gesicht davon. Das Auto wurde bei dem Anprall vollständig zertrümmert. Es beschädigte natürlich auch den Buerschen Wagen schwer. Die Insassen des Wagens wurden durch Glassplitter im Gesicht derart verletzt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

)(**Gelsenkirchen-Buer**, 8. Dez. **In den Kanal gestürzt.** Als am gestrigen Tage mehrere Kinder in Gelsenkirchen-Bismarck am Rhein-Herne-Kanal spielten, fiel plötzlich ein 7jähriger Junge die Böschung hinunter in den Kanal. Der Junge wäre unweigerlich ertrunken, wenn nicht zufällig ein Schiffer den Vorgang bemerkt hätte und mit seinem Kahn an die Unfallstelle gefahren wäre. Er konnte den Jungen, als er plötzlich aus dem Wasser auftauchte, erfassen und ans Ufer bringen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

(•) **Bochum**, 8. Dez. **38 000 Mark unterschlagen.** Ein in Witten ansässiger Reisender einer Bochum-Duisburger Firma, der Inkasso-Vollmacht besaß, betrog die Firma durch gefälschte Schuldanerkennungsschreiben und gewagte Spekulationsgeschäfte auf Rechnung und Gefahr der Firma ohne deren Wissen innerhalb der letzten Jahre um eine Summe von rund 38 000 Mark. Er wurde festgenommen.

:: **Essen**, 7. Dez. **Ein Einbrecher zu Tode gestürzt.** Gestern abend gegen 22,30 Uhr versuchten in Kellinghausen zwei Männer im Alter von 26 bezw. 28 Jahren, die den ganzen Tag in Wirtschaften herumgezecht hatten, in die Konsumanstalt der Essener Steinkohlenbergwerke Sartoriusstraße einzubrechen. Der Vorgang wurde von Zivilpersonen beobachtet, die die Polizei herbeiriefen. Als sich die Schupo dem Tatort näherte, sprang der 28jährige Mann, der auf das Dach geklettert war, auf die Straße hinunter. Er zog sich eine schwere Verletzung, vermutlich Schädelbruch zu. Er mußte dem Krankenhaus zugeführt werden, wo er heute morgen seinen Verletzungen erlag. Der zweite Einbrecher wurde festgenommen.

Kleve, 8. Dez. **Studienrat a. D. Bongartz gestorben.** Gestern starb nach kurzer Krankheit der Erste Vorsitzende der Kreis-Klever Zentrumspartei, Studienrat a. D. Professor Heinrich Bongartz, im Alter von 67 Jahren. Nachdem er viele Jahre Zweiter Vorsitzender gewesen war, übernahm er im Frühjahr 1927 unter den schwierigsten örtlichen Verhältnissen selbstlos das Amt eines Kreisparteichefs und opferte bereitwilligst die Ruhe seines Lebensabends dem arbeitsreichen Dienst an der Partei. Die Partei verliert in ihm einen liebenswürdigen Freund von vornehmster echt katholischer Gesinnung.

•) **Düsseldorf**, 7. Dez. **Neues zum Fall Dr. Mohr.** Der Fall des Zahnarztes Dr. Mohr hat insofern eine gewisse Klärung erfahren, als die Mutter Emmi Weickerts ebenso wie die Schwester entgegen ihren ersten Annahmen die Abschiedsbriefe, in denen Emmi Weickert die Absicht des Selbstmordes mitteilte, nunmehr doch für echt erklärt haben. Das bedeutet eine wesentliche Entlastung Dr. Mohrs und seiner Begleiterin, der Frau Hildebrandt. Die Briefe werden jedoch noch eingehend von Schriftsachverständigen geprüft werden.

Velbert (Rheinland), 8. Dez. **Mord oder Unfall.** Gestern früh wurde der Landwirt Sandtühler mit einer klaffenden Kopfwunde vor seinem Hause in Tönisheide tot aufgefunden. Da Mord angenommen wird, wurde die Leiche beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß es sich um einen Racheakt handelt. Untersuchungen in dieser Richtung sind imgange.

Aachen, 8. Dez. **Einbruch in ein Antiquitätengeschäft.** In einem hiesigen Antiquitätengeschäft wurde mittels Nachschlüssels die Ladentüre geöffnet und von einer Glasplatte in der Schaufenster-Auslage Brillantringe, Colliers, Herren- und Damen-Uhren im Werte von etwa 5000 bis 6000 Mark gestohlen.

Alsdorf, 8. Dez. **Ein verhängnisvoller Schuß.** In Oidtweiler vermutete ein Einwohner in seinem nachts heimkehrenden Sohn einen Dieb, der in seinen Hühnerstall eindringen wollte. Als der Sohn nicht sofort auf einen Anruf antwortete, schoß er kurz entschlossen und traf den Sohn, der mit lebensgefährlichen Verletzungen zusammenbrach.

+ **Trier**, 7. Dez. **Mit einer Sense ermordet.** Gestern nachmittag wurde in Großlangenfeld (Kreis Prüm) die in den 30er Jahren stehende Landwirtsfrau Heinen von dem 35jährigen Arbeitslosen Peter Michel aus Biesten (Lothringen) ermordet. Michel hatte von der Frau eine Unterstützung erbeten und war daher mit Kaffee und Brot bewirtet worden. Plötzlich überfiel er die Frau und brachte ihr mit einer Sense Schnitte am Halse bei, die den Tod der Frau zur Folge hatten. Der Mörder beging dann an der Frau ein Sittlichkeitsverbrechen. Der Täter wurde im Laufe des Abends verhaftet. Die Frau hinterläßt einen Mann und fünf Kinder im Alter von zwei Monaten bis zu 12 Jahren.

◇ **Mainz**, 8. Dez. **Deutscher Protest gegen die Verhaftungen.** Gegen das Vorgehen der französischen Polizei im Mainzer Reichsvermögensamt wird die deutsche Regierung Protest bei der französischen Regierung einlegen mit der Betonung, daß die Verhaftungen im Reichsvermögensamt Hausfriedensbruch und Verletzung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet darstellen, auch dann, wenn die Beschuldigungen gegen die Verhafteten zu Recht bestehen sollten. Die Mainzer Blätter, die vor einigen Tagen die Meldung von der Verhaftung einiger französischen Offiziere brachten, wurden von den Franzosen gezwungen, die Meldung zu widerrufen.

Handelsnachrichten.

Berliner Börse.

)(**Berlin**, 8. Dez. Nachdem schon an der gestrigen Abendbörse Kursverholungen die Regel bildeten, schien auch im heutigen Vormittagsverkehr die Stimmung freundlicher bleiben zu wollen. Zur Beruhigung trug bei, daß die Farbenbondstransaktion in anderer Form vorgenommen worden ist, als man zuerst glaubte, und daß vor allem der größte Teil der Summe bereits Unterkunft gefunden hat. Die ersten Notierungen entsprachen aber nicht immer den vorbörslichen Erwartungen, da an verschiedenen Märkten noch Ware aus Publikumskreisen herauskam. Dieses war durch die Kursrückgänge der gestrigen Börse und die anhaltend schwachen Auslandsmärkte unsicher gemacht worden. Auch mahnen die Geldverhältnisse im Auslande ebenso wie bei uns zur Vorsicht. Kaufordres, auch des Auslandes, fehlten fast ganz, was man einerseits mit dem früheren Sonnabendbeginn, andererseits mit dem heutigen katholischen Feiertag in Zusammenhang brachte. Im allgemeinen waren die Kursveränderungen gegen gestern gering. Montane lagen auf die schon wiederholt erwähnten Dividendenbetrachtungen weiter angeboten. Kaliwerte neigten zur Schwäche und sonst waren noch Berger, Polyphon, Licht und Kraft, Schubert und Salzer usw. bis zu 5 Prozent gedrückt. Fest eröffneten Dessauer Gas, Dtsch. Linoleum, R. W. E. und Reichsbankanteile. Auch Chemisch Henden gewannen 2 Prozent und Basalt erschienen mit Plus-Pluszeichen, da man doch wieder an eine Dividendenzahlung glaubt. Auch der Verlauf hatte zunächst keine einheitliche Kursentwicklung. Erst später trat eine kleine Besserung ein, da die Spekulation zum Wochenende einiges Deckungsbedürfnis zeigte und auch verschiedentlich Kaufordres bei den Banken eintrafen. Die anfangs stärker gedrückten Werte holten den größten Teil ihrer Verluste wieder ein, das Geschäft wurde allgemein etwas lebhafter und die heutigen Favoriten (Dessauer Gas, R. W. E. und Dtsch. Linoleum) konnten weitere 3—5 Proz. gewinnen. Anleihen ruhig. Ausländer geschäftslos, Türken und Rumänen eher schwächer. Pfandbriefmarkt still und nicht einheitlich. Liquidationspfandbriefe teilweise wieder schwächer. Devisen sehr ruhig, auf Basis der gestrigen Kurse bestand eher etwas Nachfrage. Geldmarkt eine Kleinigkeit leichter, Tagesgeld 6¼—8¾ Proz., Monatsgeld 8—9 Proz., Warenwechsel ca. 7 Proz.

Berliner Produktenbericht.

▲ **Berlin**, 8. Dez. Märk. Weizen 205—07, Dez 221,5, März 229—229,5, Mai 238,5, Tendenz: ruhig; märk. Roggen 201—204, Dez. 216,5, März 216,75, Mai 236—236,5, Tendenz: ruhig; Braugerste 218—235, Futter- und Industriegerste 198—205, Tendenz: ruhig; märk. Hafer 192 bis 199, Dez. 211, März 223, Mai 233,5—234, Tendenz: matter; Mais 219—221, Tendenz: ruhig; Weizenmehl 26 bis 29, Tendenz: ruhig; Roggenmehl 25,5—28,5, Tendenz: matter; Weizenkleie 14—14,25, Tendenz: still; Roggenkleie 14—14,25, Tnedenz: still; Weizenkleiemelasse 15 bis 15,15; Viktoriaerbsen 41—49; Wicken 27—29,5; blaue Lupinen 14—14,5; gelbe Lupinen 16,5—17,5; Rapsschrot 38% 19,9—20,3, Leinkuchen 37% 25—25,2, Trockenschnitzel 13—13,4; Sojaschrot 45% 22—22,6; Kartoffelflocken 18,8 bis 19,5.

Bremer Baumwolle.

× **Bremen**, 8. Dez. Jan. Brief 2066, Geld 64. Bezahlt 2×65+1×67 n. N.; März 2083, 79, 82; 2×83+1×85 nN.; Mai 2120, 17, 19; 1×19 nN.; Juli 2115, 13, 13; 15; 14; 15, 8×15 nN.; Okt. 2080, 73, 2084; Dez. 2070. Tendenz: stetig. loco: 2164.

Ostindische Baumwolle.

= **Liverpool**, 8. Dez. Loco F. G. Surtee 990, Loco F. G. Broach 895, Loco F. G. Nr. 1 Oomra 815, Loco F. G. Amerie. Sind-Punjab 965, Loco F. G. Bengal 750, Loco F. G. Sind 750.

Liverpooler Baumwollkurse.

Liverpool, 8. Dez. Jan. 1049, Febr. 1050, März 1052, April 1052, Mai 1054, Juni 1051, Juli 1051, Aug. 1042, Sept. 1038, Okt. 1025, Nov. 1020, Dez 1048, Dez 1929 1018, Loco 1075, Tagesimport 600, Tagesloconverkäufe 4000, Exportverkäufe 100, Egypt. Upper F. G. fair loco 1250. Tendenz ruhig und behauptet.

Rundfunk.

Sonntag, 9. Dezember.

7,45—8,05 Uhr: Dr. Ludwig Bach: Selbstverteidigungskursus.

8,05—8,15 Uhr: Alfred Dormanns: Durchsage eines Programmauszuges in Esperanto.

8,15—8,35 Uhr: Lauten- und Gitarren-Unterricht (19), gehalten von Olly Wirtz-Koort.

8,35—8,55 Uhr: Alfred Dormanns: Esperanto.

9—10 Uhr: Morgenfeier: Von der Ehrfurcht. Ansprache: Univ.-Prof. Dr. Joh. Verweyen. Mitwirkende: Das Streichquartett des Westdeutschen Rundfunks (Rudi Rhein, Fritz Herder, Regnerus Ringnalda, Robert Grote). 1. Erster Satz aus dem Streichquartett c-moll op. 18, 4 — Beethoven. Allegro ma non tanto. 2. Ansprache: Von der Ehrfurcht (Prof. Dr. Joh. Verweyen). 3. Streichquartett C-dur op. 76, 1 — Haydn. Allegro con spirito — Allegro sostenuto — Menuett — Allegro ma non troppo.

10,15—10,35 Uhr: Besuch am Krankenbett.

11—11,30 Uhr: Fritz Worm: Wert und Ehre deutscher Sprache.

11,40—12,05 Uhr: Landwirtschaftsfunk Forstrat Dintelmann: Winterarbeit im Bauernwald.

12,10—12,35 Uhr: Dr. Martin Rockenbach: Historische Gestaltung in der Dichtung der Gegenwart.

12,40—13 Uhr: Dr. Mondorf: Steuerfunk.

13—14 Uhr: Mittagskonzert. Leitung: Exsoldt. 1. Corso-Marsch — Volak. 2. Der erste Blumenstrauß, Walzer — Waldteufel. 3. Ouvertüre zur Oper „Feensee" — Auber. 4. Aus Mozarts Reich. Fantasie — Urbach. 5. Malaguena — Moszkowski. 6. Ballettmusik a. d. Oper „Königin von Saba" — Goldmark. 7. Potpourri aus der Operette „Fatinitza" — Suppé. 8. a) Mitternachts-Polka — Waldteufel; b) Eilgut, Galopp — Waldteufel.

14,30—14,55 Uhr: Arnold Stecher: Funkliteratur.

15—15,40 Uhr: Prof. Dr. Hermann Unger: „Franz Schubert und seine Lieder" (13). Die Winterreise. Solist: Kammersänger Modest Menzinsky (Tenor). Begleitung: Breuer. Gute Nacht — Die Wetterfahne — Gefror'ne Tränen — Der Lindenbaum — Einsamkeit — Die Post — Die Krähe — Im Dorf — Der Wegweiser — Das Wirtshaus — Mut — Der Leiermann. Flügel: Bechstein.

15,40—16,05 Uhr: Meister vom Rhein. Dr. A. van Nüß: Schachfunk.

16,05—16,30 Uhr: Valentin Bulgakow: „Leo Tolstoi im privaten Leben".

16,30—17,30 Uhr: Vesperkonzert, ausgeführt von der Vereinigung ehemaliger Militärmusiker. Leitung: Obermusikmeister Karl Wexler. 1. The scorcher, Marsch — Rosey. 2. Zwischenakt und Ballettmusik aus „Rosamunde" — Schubert. 3. Zwiegespräch für Oboe und Klarinette — Hamm. 4. Ouvertüre zur Operette „Das Modell" — Suppé. 5. Krolls Ballklänge, Walzer — Lumbye. 6. a) Florentinermarsch; b) Armeemarsch — Fucik.

18—18,30 Uhr: Adventsmusik, ausgeführt vom Chor des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Zimmermann. An der Orgel: Hilgers.

18,30—18,55 Uhr: Dr. Pfennig: Wintersport und Winterfreude (1).

18,55—19,25 Uhr: Die Stunde des Arbeiters. Steiger A. Haldell: Die Rationalisierung im Steinkohlenbergbau.

19,30 Uhr: Sportvorbericht.

19,40 Uhr: Einführungsvortrag in Mozarts „Hochzeit des Figaro".

20 Uhr: Die Hochzeit des Figaro. Komische Oper in vier Aufzügen von Wolfgang Amadeus Mozart. Dichtung von Lorenzo da Ponte. Deutsche Uebersetzung von Herm. Levi und Siegfried Anheißer. Musikalische Leitung: Buschkötter. Spielleitung: Anheißer. Chöre: Zimmermann. Graf Almaviva: Heinz Holwe. Die Gräfin — Klare Hansen. Susanna, Kammermädchen der Gräfin — Henny Neumann-Knapp vom Opernhaus Köln. Figaro, Kammerdiener des Grafen — Wilhelm Strienz. Cherubino, Page — Margot Gripekoven vom Stadttheater Krefeld. Marzellina, Beschließerin: Helene Guermanova. Basilio, Gesangsmeister — Josef Weiser vom Opernhaus Köln. Don Curzio, Richter — Fritz Neumann. Doktor Bartolo, Advokat — Josef Horn vom Opernhaus Köln. Antonio, Gärtner — Josef Schlaegel vom Opernhaus Köln. Barbarina, seine Tochter — Lore Schröter. Die Handlung spielt um etwa 1780 im Schlosse des Grafen Almaviva, drei Meilen von Sevilla.

Anschließend: Letzte Meldungen, Sportbericht.

Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik und Tanz. Leitung: Exsoldt.



Heute abend 8 Uhr nahm der liebe Gott unsere liebe kleine

Margreth

nach öfterem Empfang der hl. Kommunion wieder zu sich. Sie starb eben 12 Jahre alt nach langer schwerer Krankheit, die sie bis zuletzt mit großer Geduld und freudigem Gemüt ertrug.

In tiefem Schmerz:

Im Namen der Familie:

Studienrat Bonse und Frau.

Rheine, den 7. Dezember 1928.

Das Seelenamt findet statt am Dienstag, den 11. Dezember, morgens 8 Uhr, in der St. Dionysius-Pfarrkirche zu Rheine. Anschließend daran die Beerdigung zum neuen Friedhof vom Hause aus, Heilingergeistplatz 8.

Weihnachts-Anzeigen

Für rechte Weihnachtsstimmung sorgt ein
Radio-Apparat
der Firma
Radio-Gerten
Nobelstraße 31.
Erleichterte Zahlungsbedingungen

Schöne Kleiderstoffe
in vornehmen, modernen Farben
sehr preiswert.
Travers Frühjahrs-Neuheiten,
in enorm großer Auswahl.
im Preise
von 4.50 - 3.90 - 3.20 - 2.70 - 1.30
Unterzeuge, Schlupfhosen, Strümpfe, Pullover, Schürzen, Oberhemden.
Anna Fieweger
Ravardistraße 37.

Das gute Bild
ein Geschenk von bleibendem Wert.
Photo-Atelier
R. Bittner,
Nobelstr. 27/29 Telefon 2828.

Handschuhe, Kravatten
Helene Lehrich
Nordstraße 6.

Uhren u. Goldwaren
Bestecke,
Geschenkartikel,
Verlobungsringe
finden Sie in reicher Auswahl
im
Uhrenhaus
Ganten,
Ravardistraße 16.

Werkzeugkasten.
Laubsägegarnituren mit vorzüglichen Sägen zum Aussägen.
Lötgarnituren für Bastler etc.
bieten die
schönste Weihnachtsgabe.
Eisenhandlung
Hermann Tenhagen
Bocholt i. W.
Telefon 2249

Weine, Liköre,
Cognak, Arrak.
Spezialität:
Münsterl. Doppelkorn
Anton Werring
Nordstraße 50.

Das schönste
GESCHENK
für die ganze Familie ist ein
MUSIK-INSTRUMENT
Pianos — Flügel — Harmoniums
Sprechapparate - Tanzo-Harmonikas
Geigen — Lauten — Guitarren usw.
finden Sie in reichlicher Auswahl billigst im Fachgeschäft
Tonfilm Marken-Instrumente
J. RINDLISBACHER
Nordstr. 52 Klaviermacher Telef. 2217

Komplette
RADIO-ANLAGEN
liefert und montiert
Musikhaus F. Sonntag
BOCHOLT
Fernruf 2065 Wesemannstraße 1

Das beliebteste Geschenk
ist ein
PHOTOAPPARAT
Bei mir finden Sie eine große Auswahl in allen Preislagen.
Photo-Handlung R. Bittner
Nobelstr. 27/29 BOCHOLT i. W. Telefon 2828

Als guten
WEIHNACHTSBRATEN
empfehle
sämtl. Wild und Geflügel.
Alle SÜDFRÜCHTE in guter Qualität.
W. VAN AALTEN
Wesemannstraße 3. Telefon 2166.

Eine praktische Weihnachtsgabe
ist der Staubsauger
„PROTOS"
Erhältlich bei:
Gebr. Becher, Bocholt
Man verlange kostenlose Vorführung.

Ein schönes Geschenk
ist immer noch
ein Karton gute
Seife mit Parfümerie
Diese empfiehlt
zu billigsten Preisen
die
Drogerie Gebr. Steiner
Markt 8.

Passende Geschenke!
Mäntel, Kleider, Blusen, Strickwaren in großer Auswahl
Clemenline **Liedorff** Bocholt Nordstr. 47
Spezialhaus für Damen-Konfektion und Herren-Artikel
Tel. 2433
Gute Qualitäten!
Reelle Preise!
Sonntag eröffnet!

Nüsse, Pfeffernüsse
Schokolade, Pralinen,
Lebkuchen, Bonbonieren,
vorzügliche Geschenkpackungen.
W. A. Wegner
Langenbergstr. 3 Fernruf 2885

Schenkt praktische Sachen
für Küche und Haus, die der Hausfrau dauernd Freude machen.
W. Ammermann,
Haus- und Küchengeräte. Nordstr. 12.

Ein prakt. Weihnachtsgeschenk
von bleibendem Werte ist eine
Brille oder ein Kneifer
für den Vater oder die Mutter.
OPTIKER WINKLER
Neustraße 18.

Passende
Weihnachtsgeschenke
finden Sie bei
Wilh. Hövener
Eintrachtstr. 4.

SCHUHE!
Das praktische
Weihnachtsgeschenk
für Jedermann ist ein solider, moderner Schuh. Selbigen kaufen Sie am vorteilhaftesten im
Schuhhaus Irene van Oepen
BOCHOLT i. W., Ravardistraße.

18008

Bei Bedarf von Geschenkartikeln wie:
Korbmöbel, Wäschetruhen, Nähkörbchen, Blumenständer, Radiotische usw.
versäumen Sie nicht über Qualität und Stabilität fachmännischen Rat einzuholen beim
Korbmachermeister Herm. Vieh
Bocholt, Nobelstraße 9.
Neuanfertigung Reparaturwerkstatt

Kinderfahrräder
in allen Größen.
Nähmaschinen
in verschiedenen Ausführungen.
Heinrich Fölting
Langenbergstraße 21

Schöne Weihnachtsgeschenke!
Parfümerien, Seifen
in Geschenkkartons.
Bürsten- und Toilettewaren
preiswert und in großer Auswahl bei
SCHEER-NAPP
Ravardistraße 33

Praktische Weihnachtsgeschenke
wie
Damen- und Herrenwäsche, Krawatten, Damen-, Herren- und Kinderstrümpfe, Handschuhe, Unterzeuge, Taschentücher usw.
finden Sie in großer Auswahl und zu billigen Preisen im
Spezial-Geschäft Maria Niessing
Nordstraße 53